

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/22

Bonn, den 1. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Die Problematik der CDU

51

Nach der Absage des Josef Hermann Dufhues

2 - 3

Weder Retter noch Lückenfüller

75

Die SPD und die Kleine Koalition

Von Dr. Alex Möller, MdB

4

Bittgesuch im Papierkorb

47

Das Schicksal eines politischen Häftlings in der SBZ

Von Helmut F. Bärwald

5 - 7

Peking hat 30 Feldarmee marschbereit

142

Wachsende Nuklearmacht erschüttert Gleichgewicht der Kräfte

Von Erwin Erasmus Koch

+ + +

## Die Problematik der CDU

Nach der Absage des Josef Hermann Dufhues

ep - Was sich zur Zeit in der CDU ereignet, ist mehr als der Ausdruck einer augenblicklichen Verlegenheit über die Verzichtserklärung des bisherigen geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues. Die bekannt gewordenen durchaus respektablen Gründe von Dufhues für seine Entscheidung erklären nicht alle Motive, die jetzt Anlaß zu der vielfach geäußerten Behauptung bieten, die CDU befände sich in einer Führungskrise. Josef Hermann Dufhues wurde seinerzeit zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt, um die Partei organisatorisch zu straffen. Einige nicht unmaßgebliche CDU-Führer versprachen sich von der Wahl Dufhues' darüber hinaus auch eine ideologische Festigung der Partei. Aus jener Zeit stammt das Wort, die CDU müsse, ebenso wie es die SPD schon seit Jahrzehnten ist, eine Mitgliederpartei werden.

Dufhues konnte seither zwar eine zentrale Mitgliederverfassung durchführen, aber nicht die von ihm erwartete Reform der Partei an Haupt und Gliedern. Diesem seinem Auftrag standen nicht nur einige "Landesfürsten" der CDU im Wege, sondern auch die niemals aufeinander abgestimmte Tätigkeit von Partei und Regierungsspitze. Solange Adenauer Bundeskanzler und Parteivorsitzender war, konnte sich die Partei den Anschein der Homogenität geben. Mit dem Rücktritt Adenauers und dem von Parteiverpflichtungen nicht belasteten Ludwig Erhard als Bundeskanzler mußte sich dieses Bild ändern. Es ist kein Geheimnis, daß Erhard seine Umgebung stets fühlen läßt, was er von den "Parteifunktionären" hält. Nach dem Tode des früheren Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano sollte der junge glatte Barzel die Uneinlichkeiten zwischen Regierungsspitze, Parteiführung und Fraktion ausgleichen helfen. Dadurch geriet natürlich der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, ins Hintertreffen. Man wollte ihn eine rein organisatorische Funktion zuweisen, die ihm ursprünglich jedoch gestellte Aufgabe in Vergessenheit geraten lassen.

Zu den geschilderten Schwierigkeiten des "Geschäftsführenden" kommt noch das Unvermögen der CDU, sich eine geistige Plattform für die politische Arbeit zu geben. Das von Adenauer und seinen Freunden sofort nach dem Zusammenbruch in den Parteinamen eingefügte Wort CHRISTLICH deckt schon lange nicht mehr die Politik der CDU. In den letzten Jahren hat sich in und am Rande dieser Partei das politische und wirtschaftliche Karageraum einen hervorragenden Platz erobert. Für diese Gruppe von CDU-Politikern ist das lediglich ein aus der ersten Nachkriegszeit übernommenes Aushängeschild.

Zweifelloser stand und steht Dufhues zwischen den hier dargestellten Fronten. Er dürfte erkannt haben, daß der ihm ursprünglich erteilte und auch einem zukünftigen Vorsitzenden der CDU gegebene Auftrag zur organisatorischen und ideologischen Straffung des sehr heterogenen Parteigebildes nicht durchführbar ist.

Die Sozialdemokratie empfindet über diese Vorgänge keine Freude. Was bei der CDU durchdringt, läßt befürchten, daß es noch schwieriger als bisher sein wird, diese Partei als Ganzes - sei es im Sinne des Gegners oder eines Partners - zu verstehen. Wenn man dem noch hinzufügt, daß sich auch in der CSU, dem bayerischen Pendant der CDU, eine ähnliche Entwicklung anbahnt, wie sie jetzt nach dem Verzicht von Dufhues deutlich geworden ist, eröffnen sich für das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik kaum erfreuliche Perspektiven.

## Weder Retter noch Lückenbüßer

### Die SPD und die Kleine Koalition

Von Dr. Alex Möller, MdB

Im Monat Januar war ein Hauptthema der innenpolitischen Diskussion die Frage nach der Großen Koalition. Es wurde nicht von uns, die wir an der Bundesregierung nicht beteiligt sind, in den Vordergrund gespielt. Man nimmt bei den Großen Koalitions-Politikern der CDU/CSU einfach als selbstverständlich an, daß die Sozialdemokraten zum Einmarsch durch das Regierungstor bereit seien, wenn sie es uns nur öffnen würden. Das ist ein entscheidender Irrtum. Nach den Ehard'schen Illusionswahlen vom 19. September 1965 hat sich die in jeder Weise Kleine Koalition wieder zusammen gefunden, wobei es nur ein Geraufe um Persönliches und nicht um ein Sachprogramm gegeben hat.

Diese Bundesregierung hat nur zwei Möglichkeiten:

- \* Entweder sie bewährt sich in einer neuen zielsicheren Konzeption deutscher Politik, die endlich an die Bewältigung der schwierigen Aufgaben heran muß. Dann hat sie eine echte Chance!
- \* Oder sie wurstelt weiter wie bisher und versagt so deutlich, daß es sogar Lieschen Müller und Otto Maier merken. Dann muß sie abtreten. Da kann nicht plötzlich als Retter aus der Regierungsnot die SPD auf der Bildfläche erscheinen. Wir sind weder Lückenbüßer noch in der Lage, auf diese Weise die jetzt noch regierenden restaurativen Kräfte politisch frei zu schwimmen. Wir wollen sie ablösen. Wir wollen eine neue Politik machen, die nicht mehr vom Gestern lebt, sondern die wie schon auf unserem Münchener Parteitag proklamiert worden ist - unsere Zukunft meistern muß.

Das wäre, von meinem Standpunkt aus betrachtet, grundsätzlich zu den Wortgefechten um die Große Koalition zu sagen. Ich weiß, daß auch das Grundgesetz einen Kanzlerwechsel erschwert sowie eine Neuwahl vor Ablauf der Legislaturperiode des Bundestages nahezu unmöglich macht und daß aus dem Zwiel in Weimar vielleicht ein Zuwenig in Bonn geworden ist.

Bleiben die Überlegungen, daß auf manchen geradezu lebenswichtigen Gebieten unseres Volkes eine notwendige Ordnung nur über den Weg von Grundgesetzänderungen erreicht werden kann. Im Monat Februar wird zum Beispiel die von der Bundesregierung im Einvernehmen mit den Mi-

ministerpräsidenten und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingesetzte Expertenkommission zur Reform der Finanzverfassung ihre Vorschläge in einer Dokumentation zur Verfügung stellen. Dabei werden auch grundgesetzliche Änderungen eine Rolle spielen. Also reicht die nicht hinreichende und daher dürftige einfache Mehrheit der Erhard-Koalition nicht aus. Man benötigt die Stimmen der SPD. Ob man sie bekommt, kann nur von dem Ergebnis in der Sache abhängen. Wir wollen eine der Verfassungswirklichkeit entsprechende Finanzordnung, wobei mir folgende Ausgangsbasis wichtig erscheint:

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat (Art. 20, 1 GG) und muß ihr Finanzwesen so gestalten, daß Bund, Länder und Gemeinden den für ihre finanzwirtschaftlichen Dispositionen ausreichenden Bewegungsraum besitzen.
2. Wir benötigen eine Rangfolge der Aufgaben, die von der öffentlichen Hand zu bewältigen sind und die von dem heutigen Gesellschaftsbild bestimmt sein müssen.
3. Aus dem Umfang der anerkannten Aufgaben und ihrer Dringlichkeit ergeben sich die Maßstäbe für die gerechte Verteilung der Steuern und der öffentlichen Abgaben.
4. Die Verteilung der Lasten muß nach der Leistungsfähigkeit der Bürger erfolgen.

Das klingt, so meine ich, verständlich und überzeugend. Und doch steht der Realisierung ein Berg von Schwierigkeiten entgegen. Inwiefern sich die SPD an der Überwindung der Schwierigkeiten beteiligen kann, bestimmt weitgehend die Koalition mit ihrem Verhalten. Man muß sich über alle Einzelheiten des Reformwerkes verständigen; sonst geht es nicht. Innerhalb der Parteien hat jede für sich die verantwortungsvolle Aufgabe, eine überzeugende Synthese zu finden, die für Bund Länder und Gemeinden befriedigend ist. Dabei wird die SPD nicht die eine oder die andere Ebene bevorzugen, sondern etwa bei der Neuordnung der Zuweisungen von Einnahmen der öffentlichen Hand nur nach Aufgabenstellung und Rangordnung innerhalb der Dringlichkeitsliste entscheiden. Ihr Ja oder Nein kann nicht abhängig sein vom parlamentarischen Standort, sondern nur von den gefundenen Lösungen. Diese Feststellung möchte ich heute für ein Sachgebiet treffen, das ich beurteilen kann, damit morgen nicht Unterstellungen erfolgen, die Kleine Koalitions-Politiker für parteipolitisch schlau halten mögen, die aber ganz sicher nicht staatspolitisch klug sind.

### Bittgesuch im Papierkorb

Das Schicksal eines politischen Häftlings in der SBZ

Von Holmut P. Pärwald

Über die Unmenschlichkeit in all ihren vielfältigen Formen zu schweigen, hieße sie dulden. Es gibt keine "kleine" und keine "große" Unmenschlichkeit. Die zynische Mißachtung des Menschen und seiner Würde muß angeprangert und verurteilt werden, ob sie nun von Einzelnen begangen oder zum System erhoben wird.

Durch einen günstigen Umstand, der im Interesse Beteiligten nicht näher zu beschreiben ist, kam kürzlich ein unscheinbarer, zerknüllter Zettel von dokumentarischem Wert aus Mitteldeutschland in die Bundesrepublik: Das Bittgesuch eines politischen Häftlings in der Strafvollzugsanstalt Bautzen, das von einem Kommandoleiter und "Volkspolizei-Meister" in den Papierkorb geworfen wurde. Der von dem schwerkranken, gequälten und verzweifelten Häftling mit zittriger Hand auf ein Formular geschriebene Text spricht für sich selbst:

- \* "Hiermit bitte ich nochmals um eine Rücksprache mit dem Herrn Haft-
- \* Staatsanwalt. Grund: Ich erhebe Klage gegen den Strafvollzug Baut-
- \* zen wegen bewußter Körperverletzung."

Kurz nach Abgabe dieses Bittgesuchs, dieser Klage gegen ein unmenschliches System, verschwand der Schreiber dieses Zettels aus dem Zuchthaus Bautzen. Keiner vermag zu sagen, wohin; niemand weiß, was mit ihm geschah.

Die Vorgeschichte ist angefüllt mit tragischen Höhepunkten und mit der Verzweiflung eines schwerkranken Menschen, der nur noch den einen Wunsch hatte, irgendwo eine Linderung seines Leidens zu finden. Monatelange Kuren brachten keine spürbare Besserung seines Gesundheitszustandes. Aus diesem Grunde beantragte der Kranke die Genehmigung, seinen Wohnsitz in die Hohe Tatra verlegen zu dürfen, weil er dort bei einem Urlaubsaufenthalt spürbare Erleichterung empfunden hatte. Doch der SED-Staat antwortete: NEIN! Nun bat der Kranke um Genehmigung, mit seiner Ehefrau zu Verwandten in die Bundesrepublik verziehen zu dürfen. Doch der SED-Staat sagte: NEIN! Da keimte, durch das zweimalige NEIN der SED-Bürokratie in die Hoffnungslosigkeit getrieben, bei dem Kanne der bitteren Entschluß, die Sowjetzone auf dem gefährlichen Weg einer Flucht über die Zonengrenze zu verlassen.

Bei einem Erkundungsgang wurden die Eheleute durch eine tragische Verkettung ungünstiger Umstände verhaftet. Der Mann erhielt wegen "versuchter Republikflucht" eine Gefängnisstrafe und wurde trotz seines offenkundigen schlechten Gesundheitszustandes in das Haftkrankenhaus der Strafvollzugsanstalt Bautzen eingeliefert. Vom Arzt gestellte Anträge auf Entlassung wegen erwiesener Haftunfähigkeit wurden abgewiesen. Verzweifelt, dem Tode näher als dem Leben, schrieb der Häftling ein Gesuch um Rücksprache mit der Haft-Staatsanwalt an die Leitung der Strafvollzugsanstalt. Was dann geschah, wurde berichtet. Der Zettel, letzter Strohalm, an den sich der Ertrinkende klammerte, landete im Papierkorb eines "Volks"-Polizisten. - Wir fragen: Was geschah im Frühjahr 1965 mit dem politischen Häftling Siegfried Henke aus Osterlin, geboren am 24. Januar 1939? Wurde sein weiteres ungewisses Schicksal durch zwei Sätze auf einem 10 x 14 cm großen Zettel bestimmt?

30 Feldarmeen marschbereit

Rekings wachsende Nuklearmacht erschüttert Gleichgewicht  
der Kräfte

Von Erwin Erasmus Koch

- \* Der Krieg in Vietnam geht weiter. Die Aussichten für einen
- \* greifbaren Erfolg der Friedensoffensive Präsident Johnsons
- \* sind dunkel. China rüstet mit Hochdruck. Es hat gegenwärtig
- \* 30 Feldarmeen mobilisiert, deren organisatorischer Aufbau
- \* auf die nukleare Ausrüstung vollzogen wird. Der nachfolgen-
- \* de Bericht analysiert die militärische Stärke des Ostens im
- \* gesamten und des Westens.

\* \* \*

Das kommunistische Potential ist in der Raketen-, aber auch in der Bombenwaffe unterlegen. Dazu im einzelnen: Die USA halten 845 interkontinentale Raketen einsatzbereit, der Ostblock aber verfügt nur über 270 ICEK (Interkontinentale ballistische Raketen). In diesem Zusammenhang weist das Institute for Strategic Studies, London, auf "die besonders deutliche Übermacht des Westens in den ballistischen Flottenraketen der Mittelstreckenklasse" hin, 544 auf der Seite des Westens, 120 Mittelstreckenraketen der Flotte des Ostens. Zugleich besitzt jedoch der sowjetische Ostblock 750 von erdgebundenen Abschlußbasen zum Einsatz bereite Mittelstreckenraketen. Sie stellen den Ausgleich in der Überlegenheit der westlichen Flottenraketen her. Ähnlich liegt es im Vergleich der Bomberflotten beider Seiten: 625 schwere interkontinentale Bomber des Westens, dagegen nur 200 des Ostens. Der Westen aber verfügt nur über 430 Bomber der Mittelstreckengröße, der Osten indessen über 250.

Die Analyse des Institute für Strategie Studies stellt auch die aktiven Truppenbestände des Westens und Ostens gegenüber: rund 5 Millionen Mann der westlichen Allianzen; 5,85 Millionen Mann der östlichen Militärblöcke. Die Sowjetunion verfügt über 150 bis 160 Divisionen, Gesamttruppenstärke ungefähr 2 Millionen. Etwa 100 Sowjetdivisionen sind auf das europäische Rußland und die Warschauer-Pakt-Mächte verteilt.

Besonders aufschlußreich erscheint die Schätzung des Truppenpotentials der Mächte des Warschauer Pakts (außer der SU).

- \* Polen: 14 Divisionen, davon 4 Panzerdivisionen, 9 motorisierte
- \* Infanteriedivisionen, eine Luftlandedivision (zusätzlich 2 Divisionen der SU).
- \* SBZ: 6 eigene Divisionen; 20 Divisionen der Sowjetunion.
- \* CSSR: 14 Divisionen.
- \* Ungarn: 6 Divisionen, zusätzlich 4 Divisionen der Sowjetunion.
- \* Rumänien: 2 Divisionen.
- \* Bulgarien: 10 Divisionen.
- \* Albanien: 6 Brigaden.

Eine nicht unerhebliche Diskrepanz ergibt sich in den Schätzungen der Flottenmacht des Ostblocks. Die Expertise des Bonner Verteidigungsministeriums nennt 465 U-Boote der SU, 20 von ihnen mit atomarer Kraft angetrieben und davon wiederum 10 als Raketenwaffenträger. Die Untersuchung des Instituts for Strategic Studies geht nur von "416 konventionellen U-Booten östlicher Präponderanz" aus, denen 186 westliche Einheiten gegenüberstehen. Im Übrigen überwiegt aber die Flottenmacht des Westens jene des Ostens; der Osten besitzt überhaupt keine Flugzeugträger, der Westen hingegen 38.

Das Bonner Verteidigungsministerium gibt weiter in seinen Schätzungen über die Schlagkraft der Luftwaffen des sowjetischen Ostblocks Aufschluß:

- \* Sowjetunion: 10.000 zum Einsatz bereite Flugzeuge, davon 1.500 "Hochleistungsflugzeuge", 200 Weitstrecken-Bomber, 1.400 Mittelstrecken-Bomber, 7.000 Jäger und Jagdbomber, weiter 100 interkontinentale Raketen, 950 Mittelstrecken-Raketen, davon 700 mit Zielen auf Europa gerichtet.
- \* Polen: 150 einsatzbereite Flugzeuge, davon 30 "Hochleistungsflugzeuge" und 90 Flugzeuge der Flotte, 50 schwere und mittlere Bomber, 800 Jäger und Jagdbomber. Die SU dürfte 350 eigene Kampfflugzeuge in Polen stationiert haben.
- \* SBZ: 420 einsatzbereite Flugzeuge, davon 30 "Hochleistungsflugzeuge", 260 Jäger und Jagdbomber. Die SU dürfte in der SBZ 1.000 Kampfflugzeuge stationiert haben.
- \* GSSR: 750 Flugzeuge einschließlich 30 "Hochleistungsflugzeuge", 600 Jäger und Jagdbomber.
- \* Ungarn: 130 Flugzeuge der nationalen Streitmacht; 300 sowjetische Bomber und Jäger auf Basen stationiert.
- \* Rumänien: 220 einsatzfähige Flugzeuge der nationalen Luftwaffe.
- \* Albanien: 65 Flugzeuge.

Die "balance of power" von morgen bringt China durcheinander. Das Institute for Strategic Studies wiederholt seine landläufigen "Schätzungen", ohne die Substanz der Veränderungen in der "Volksbefreiungsarmee" zu berücksichtigen. McNamara zeigte sich neuerdings in dieser Hinsicht wesentlich vorsichtiger. Nach beider und auch gewiß insoweit zutreffender Ansicht betragen die aktiven Landstreitkräfte in Rotchina rund 2,3 Millionen Mann. Wahrscheinlich dürfte aber ein Kontingent von zumindest einer Million "Trägersoldaten" hinzukommen, also von Lastenträgern für den Nachschub. Außerdem stehen einige Millionen Soldaten der "Volksarmee", der Miliz, ständig unter Waffen. Die Mobilisierung der Miliz soll gegenwärtig auf Einsatz bei kurzfristigem Abruf mindestens 10 Millionen betragen. Es erscheint geboten, auf die Miliz als aktive Landstreitmacht besonders hinzuweisen, vor allem, da aus ihren Reihen nochmals Millionen von Trägersoldaten rekrutiert werden können.

Im folgenden die Unterteilung der aktiver rotchinesischer Landstreitkräfte:

- \* 30 Feldarmeen, jede aus 3 Divisionen je 12.000 Mann. Die Feldarmeen werden durchweg unter Berücksichtigung der atomaren Feuerkraft und des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen auf das "Tünfermodell" umgestellt; bei wesentlich geringerer Mannschaftsstärke (6.000 Mann) höhere Beweglichkeit und Durchschlagkraft

- \* 115 Linien-Divisionen, 4 Panzer-Divisionen, 2 Luftlande-Divisionen, 5 Gebirgsjäger-Divisionen.

Über den Mannschaftsbestand der chinesischen Luftwaffe gehen die Kutmäßigungen abermals weit auseinander. McNamara bezieht sich auf eine Expertise des Pentagon. Demnach würde die Luftwaffe 100 000 Mann zählen. Andere westliche Militärexperten sind der Ansicht, daß auf die Luftwaffe Rotchinas einschließlich der Bodentruppen mindestens 500 000 Mann, vielleicht sogar 750 000 Mann entfallen. Einige zehntausend Düsenbomber- und Düsenjägerpiloten sollen ausgebildet worden sein. Für den Einsatz ständen 10 000 Mann bereit. Das würde die herrschenden Vorstellungen über das zur Verfügung Rotchinas stehende Kontingent an Düsenbombern und Düsenjägern umwerfen. McNamara nimmt die Stückzahl der rotchinesischen Luftwaffe mit 1 500 Maschinen an. Im allgemeinen lauten die Schätzungen sonst auf 3 000 bis 3 500 Maschinen. Es sollte auch davor gewarnt werden, die Fähigkeiten Chinas zur Produktion eigener Kampf- und Bomberflugzeuge allzu gering anzusehen. Denn es dürfte zweifelsfrei sein, daß seit 1956 der Aufbau der chinesischen Bomberfabrikation und auch von Transportflugzeugen vorangekommen ist.

Auch McNamara bestätigt, daß der Einsitzer MiG 17, ein Kurzstrecken-Kampfflugzeug, das zweisitzige MiG 15 UTI Übungskampfflugzeug und das MiG 21 Überschallflugzeug in chinesischer Produktion sind. Im Übrigen sind die Luftwaffenbestände Rotchinas gewiß im Urteil aller Experten veraltet. Sie bestehen aus den MiG 16, MiG 17, MiG 19 und MiG 21 Typen, die durchschnittlich 10 Jahre alt sind.

Rotchina scheint seine Luftrüstung entscheidend auf die Entwicklung der Raketenwaffe zu stützen. Die Mittel sind jedoch äußerst beschränkt, den Schätzungen nach kann das Rüstungsbudget jährlich den Wert von 7 Milliarden US-Dollar erreichen. Aber selbst wenn es 10 Milliarden US-Dollar wären, würde das militärische Potential - von der Menschenzahl abgesehen - gering sein. Eine rotchinesische Mittelstreckenrakete soll sich nunmehr in Serienproduktion auch nach amerikanischer Feststellungen befinden. Eine geringere Treffgenauigkeit verbillige die Herstellung. Nach Ansicht westlicher Raketenexperten wendet Rotchina dieses Prinzip zunächst auch auf die interkontinentale Rakete "made in China" an. Genaue Treffsicherheit erreiche dagegen der rotchinesische Atombombenträger TU 16, ein Jet-Bomber mit der Reichweite von annähernd 4 500 km. Überdies wird der weitreichende TU-4 Motor-Bomber gebaut.

Die Flotte Rotchinas, im Mannschaftsbestand von 150 000 bis 200 000, verfügt über rund 30 veraltete U-Boote sowjetischer Konstruktionen. Zumindest ein mit atomarer Kraft getriebenes U-Boot soll sich in Dairen in Bau befinden, als Abschlußbasis für Mittelstrecken-Raketen konstruiert. Auch konventionelle U-Boote werden für den Raketen-Einsatz ausgerüstet. Die atomaren Sprengköpfe (Plutonium- oder Uran-Bomben) dürften ab Ende 1967 fertig werden.

Die wachsende Stärke Rotchinas wird auch die Sowjetunion im Zuge der Veränderungen der "balance of power" zum Überdenken ihrer defensiven Strategie im Fernen Osten zwingen. Etwa 50 Divisionen sind gegenwärtig zum Schutz der 6 000 Kilometer langen sowjetischen Grenzen im Fernen Osten vorgesehen. In kommenden Jahren wird die Sowjetunion weitaus mehr und stärkere Verbände zum Schutz gegen Rotchina einsetzen müssen.